

katholisch.

politisch.

aktiv.

ZUKUNFTS GESTALTER



INNEN.

**JETZT SIND
WIR DRAN!**

**KAMPAGNENHEFT ZUM
SUPERWAHLJAHR 2021**



Impressum:

Herausgeber*in

Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
Antoniusstraße 3
73249 Wernau
Telefon: 07153 3001 100
E-Mail: bdkj@bdkj.info

Redaktionsteam:

AG Superwahljahr

- Benedikt Kellerer
(Bildungsreferent Demokratiebildung)
- Dominik Nawratil
(BDKJ Landesreferent)
- Lena Oberlader
- Martin Medla
- Fabian Wiedenhöfer
- Markus Rost
- Timo Werner

Layout und Satz

Marcel Krämer
(Fachstelle Öffentlichkeitsarbeit BDKJ / BJA)

Auflage

500 Exemplare

Druckerei

Wir-machen-Druck GmbH

J E T Z T S I N D W I R D R A N !

Inhalt

Beteiligung und Wahlalterabsenkung	8
Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	12
Rassismus und Demokratieförderung	16
Digitalisierung und Digitale Bildung	20
Nachhaltigkeit und Klima	26
Flucht und Migration	30
Bildung und Schule	34
Aktionsideen	38
Tolle Idee aber keine Kohle?	42

ZUKUNFTS GESTALTER

 **INNEN.** JETZT SIND
WIR DRAN!

Liebe Verbands-, Dekanats- und Gruppenleiter*innen,

mit zwei großen Wahlen ist das Jahr 2021 etwas Besonderes. Im März entscheiden wir zunächst wer die Geschicke in Baden-Württemberg lenken wird, im Herbst folgt dann die Bundestagswahl. Es sind zwei entscheidende Wahlen. Wie geht es in unserem Land weiter? Werden die Interessen der jungen Generation ausreichend berücksichtigt und vor allem: können wir uns als Demokrat*innen gegen die Spaltung der Gesellschaft und die Gefahr von rechts stellen?

Für uns als BDKJ Rottenburg-Stuttgart sind dies die entscheidenden Fragen. Daher haben wir auf der Herbst-Diözesanversammlung 2020 beschlossen, eine Kampagne zum Superwahljahr 2021 auf die Beine zu stellen und dort unsere Forderungen an die Politik aber auch die Gesellschaft zu formulieren. „Zukunftsgestalter*innen - Jetzt sind wir dran!“ lautet sie.

Mit diesem Titel ist bereits sehr viel gesagt. Es geht um unsere Zukunft, denn jetzt sind wir dran! Vor allem aber wollen wir auch selbst gestalten. Und das kannst auch DU. Politik fängt immer im Kleinen an. Sei es bei einem Gespräch mit den Kandidat*innen in deinem Wahlkreis. Mache sie auf deine Positionen und Anliegen aufmerksam. Aber auch eine kleine Straßenaktion oder eine Kleidertauschbörse können politisch sein. Wichtig ist dabei nur, dass ihr eure Positionen formulieren könnt und in diesen Zeiten

natürlich auch auf die gebotenen Hygieneregeln achtet.

Wir als Arbeitsgruppe Superwahljahr haben euch dazu eine kleine Arbeitshilfe erstellt. In dieser findet ihr sieben verschiedene Politikfelder, die wir euch kurz erklären und in denen ihr auch einige Forderungen findet, an denen ihr anknüpfen könnt. Seid einfach ein wenig kreativ und scheut euch nicht vor der großen Politik!

Wir wünschen euch viel Spaß und Freude bei euren Aktionen!

Eure AG Superwahljahr 2021
Schaut auf unsere Homepage!

Ein Klick auf unsere Homepage lohnt sich! Unter www.bdkj.info/zukunftsgestalter_innen findet ihr nicht nur weitere Infos zu verschiedenen Politikfeldern, ihr findet dort vor allem auch eine Social Wall. Hier könnt ihr euch von den Aktionen anderer Gruppen inspirieren lassen. Postet Fotos und Videos von euren Aktionen auf Facebook oder Instagram unter dem Hashtag #jetztsind-wir-dran und lasst auch andere daran teilhaben!



Beteiligung und Wahlalterabsenkung

Photo by Drew Coffman on Unsplash

Um was geht ´s?

Jugendbeteiligung ist eines ist eines der zentralen Bausteine wenn es um die Stärkung der Demokratie geht. Nur wenn auch alle diejenigen mitreden können, die am Ende direkt von Entscheidungen betroffen sind, steigt auch die Akzeptanz solcher Entscheidungen. Junge Menschen machen einen substantiellen Anteil an unserer Gesellschaft aus. Gerade sie spüren die Auswirkungen einmaliger Entscheidungen oftmals stärker als jede andere Bevölkerungsgruppe. Daher ist deren Beteiligung von besonderer Bedeutung.

Eng damit verbunden ist eine Absenkung des Wahlalters. Wahlen stellen das zentrale Beteiligungsinstrument einer Demokratie dar. Nur wenn Jugendliche auch mitbestimmen dürfen, welchen Entscheidungsträger*innen sie ihr Vertrauen schenken, ist auch eine wirkliche Jugendbeteiligung gewährleistet.

Was nehmen wir wahr?

Gerade in Baden-Württemberg ist mit der Festschreibung einer verbindlichen Jugendbeteiligung in die Gemeindeordnung bereits einiges erreicht worden. Doch das reicht nicht aus. Wir stellen fest, dass Jugendbeteiligung nicht immer voller Überzeugung gelebt wird, manchmal sogar als Belastung wahrgenommen wird. Dies muss sich ändern. Nur mit echter Jugendbeteiligung, bei die Anliegen und Lösungsvorschläge von Jugendlichen ernst genommen werden und sie eine klare Wirkung ihres Handels erkennen,

erfährt auch die Demokratie als Ganzes eine Stärkung.

In der repräsentativen Demokratie ist das zentrale Instrument der Beteiligung die Wahl. Das Wahlrecht ist ein höchstpersönliches Recht. Hier ist es leider immer noch so, dass Jugendliche unter 18 Jahren ausgeschlossen sind. Dabei ist es hier besonders wichtig, dass auch sie eine Stimme bekommen. Kinder und Jugendliche interessieren sich für politische Themen, sie beteiligen sich an Demonstrationen und bringen ihre Forderungen ein. Und dennoch dürfen sie über Fragen, die sie selbst direkt betreffen nicht abstimmen. Das muss sich ändern!

Sowohl beim Thema Jugendbeteiligung als auch beim Thema Senkung des Wahlalters tauchen immer wieder Argumente auf, Jugendliche seien nicht reif genug für einen verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Stimme. Diese Argumente sind mittlerweile alle wiederlegt. Nicht nur dass sich Jugendliche für alle politischen Themen interessieren, sie gehen auch sehr verantwortungsvoll mit ihrem Stimmrecht um und wägen ab, wem sie ihre Stimme geben möchten.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik!

- Klares Bekenntnis zum Thema Jugendbeteiligung und Ernstnehmen der Forderungen und Lösungsvorschläge von Kindern und Jugendlichen
- Erweiterung der Möglichkeiten der Jugendbeteiligung, insbesondere auch auf digitale Formate
- Senkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 16 Jahre

Hintergrundinformationen:

- BDKJ-Bundesebene: „Jugend beteiligen!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2011
- BDKJ-Bundesebene: „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019
- BDKJ Rottenburg-Stuttgart: „Wahlalter senken!“, Beschluss der Diözesanversammlung Herbst 2020
- Bündnis Wahlalter senken
- DBJR: Argumentationshilfe zur Senkung des Wahlalters:



Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Photo by Elyssa Fahndrich on Unsplash

Um was geht ´s?

Geschlecht ist auf vielfältige Art und Weise in unser Leben und unsere Gesellschaft eingebunden. In ganz unterschiedlichen Kontexten spielt das Geschlecht eine zentrale Rolle - leider nicht immer zum Besten. Denn häufig findet sich auch eine Diskriminierung oder Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts. Häufig sind mit Geschlechtern auch Stereotype verbunden. Gesellschaftliche Zuschreibungen an das jeweilige Geschlecht können daher auch Differenz, Ungleichheit, Hierarchien, Benachteiligungen und Unterdrückung bewirken.

Die Bekämpfung von Ungleichheit bezieht sich aber auch nicht allein auf die Kategorie Geschlecht. Auch Herkunft, soziale Schicht oder auch Alter können Ungleichheiten hervorbringen. Die Schaffung von allgemeiner Gleichheit ist daher ein zentraler Wert einer demokratischen und sozialen Gesellschaft und ist vor allem auch in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschrieben.

Was nehmen wir wahr?

Unsere Gesellschaft ist immer noch sehr männerdominiert. Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen werden allein von Männern geleitet, in den Parlamenten sitzen in der Mehrzahl Männer und auch in der Wissenschaft arbeiten vor allem Männer an den entscheidenden Positionen. Dies ist eine Ungleichheit, die sich allein durch fachliche Expertise nicht

erklären lässt. Sie zeigt sich aber nicht nur auf Führungsebene, auch im normalen Alltag lässt sich die Männerdominanz feststellen. So verdienen Frauen im Jahr 2019 im Schnitt 20% weniger als ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit.

Vieles liegt dabei auch im Festhalten an klassischen Rollenbildern begründet. Männer kümmern sich um das Einkommen, Frauen kümmern sich um den Haushalt. Gerade in rechtspopulistischen Kreisen wird dieses Familienbild inklusive der damit einhergehenden Geschlechterrollen propagiert. Das Aufbrechen dieser klassischen Rollenzuweisungen ist daher eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik!

- Schaffung nicht nur einer inhaltlichen, sondern auch einer formalen Gleichheit zwischen allen Geschlechtern
- Schließen der Gender Pay Gap
- Förderung der Entwicklung Frauen durch kluge Arbeits-, Sozial- und Familienpolitik

Hintergrundinformationen:

- BDKJ-Bundesebene: „Stark für Frauen: Wir widersprechen dem Frauenbild der Neuen Rechten“, Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2017

- BDKJ-Bundesebene: „Geschlechterparität in allen deutschen Parlamenten - jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2019
- BDKJ-Rottenburg-Stuttgart: „Geschlechtergerechte Sprache“, Beschluss der BDKJ-Diözesanversammlung Herbst 2019
- Klischee-frei: Initiative zur Berufs- und Studienwahl,
- Bundesregierung: Themenseite zur Gleichstellung von Frauen und Männern



Rassismus und Demokratieförderung

Photo by Thomas de LUZE on Unsplash

Um was geht ´s?

Rassismus und Demokratieförderung sind zunächst zwei unterschiedliche Themen, die aber eng miteinander verwoben sind. Als Rassismus wird eine Ideologie bezeichnet, die Menschen aufgrund äußerlicher Merkmale und/oder ihrer Herkunft diskriminiert. Dies allein stellt schon eine Gefahr für die Demokratie dar, da innerhalb dieser Ideologie die Gleichheit aller Menschen infrage gestellt wird. Darüber hinaus werden rassistische Elemente häufig insbesondere von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Akteur*innen verwendet, die sich in ihrer Gesinnung häufig gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten.

Die Förderung der Demokratie ist daher nicht nur, aber insbesondere auch in Bezug auf die Anti-Rassismuserarbeit von besonderer Bedeutung.

Was nehmen wir wahr?

Durch die Black Lives Matter-Bewegung hat das Thema Rassismus 2020 wieder eine besondere Bedeutung bekommen. Leider ist es jedoch auch so, dass dies kein neues Phänomen ist. Rassismus hat es schon immer gegeben, es hat nur an der öffentlichen Wahrnehmung gefehlt. Dabei ist Rassismus auch nur eine Form der Diskriminierung. Klassismus und Sexismus dürfen nicht vergessen werden.

Alle drei Formen der Diskriminierung eint, dass sie insbesondere von rechtspopulistischen Akteuren ver-

einnahmt werden. Hinzu kommt die Tatsache, dass sie auch gerne mit Verschwörungsmythen verbunden werden, sodass eine geschlossene Ideologie entstehen kann. Wozu dies führen kann, haben die Anschläge in Kassel, Halle und Hanau gezeigt.

Ein zentraler Baustein im Umgang mit antidemokratischen und menschenverachtenden Einstellungen ist die Demokratieförderung. Diese findet insbesondere im Kleinen statt. Wichtig ist Demokratie als eine Lebensform zu begreifen und sie zu Hause, in der Schule, in Gruppenstunden oder auch in Kirchengemeinden zu fördern. Nur wenn Demokratie erlebbar ist, kann sie sich auch antidemokratischen Tendenzen entgegenstellen.

Gleichzeitig ist es jedoch auch wichtig, insbesondere rechtspopulistische Aussagen und Handlungen nicht ohne Widerspruch zu lassen. Eine klare Abgrenzung sind mindestens genauso wichtig wie eine klare Positionierung gegen rechtspopulistische Äußerungen. Wichtig ist dabei auch eine Sensibilisierung bezüglich rechtspopulistischer Sprache.

Widerstand gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist für uns Christ*innen Pflicht und Auftrag zugleich.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik:

- Klare Abgrenzung von antidemokratischen und menschenverachtenden Personen und Gruppierungen
- Einsatz für die Demokratie als Lebensform, so dass sich das Prinzip der Demokratie in allen Lebensbereichen widerspiegelt
- Förderung der außerschulischen Angebote im Bereich der politischen Bildung
- Förderung der Mitwirkungsrechte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Hintergrundinformationen

- BDKJ-Bundesebene: „Wir widersprechen - weil wir glauben!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2016, ergänzt durch die BDKJ-Hauptversammlung 2020
- Deutscher Bundesjugendring: Rassismus entgegentreten - Jugendverbände für ein solidarisches Miteinander, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017
- Bundeszentrale für politische Bildung: Themenseite Rassismus



Digitalisierung und Digitale Bildung

Photo by freestocks on Unsplash

Um was geht's ?

Die Technologie und Digitalisierung hat unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert: Die Art, wie wir kommunizieren, Gesellschaft leben, wie wir die Welt und Informationen über sie wahrnehmen. Die Potentiale neuer Technologien lassen uns staunen, und die Risiken lassen uns mit dem Gefühl der Machtlosigkeit zurück.

Ein breites Themenspektrum, von Cybermobbing an Schulen oder der Debatte um das Urheberrecht und „Artikel 13“, über die Macht der Internetkonzerne und ihrer Algorithmen bis hin zur Frage, ob Pflegeroboter in Altersheimen eingesetzt werden sollen, die aber teilweise nicht einmal WLAN haben, beschreibt der Begriff „Netzpolitik“. **Netzpolitik ist die Politik über, mit und durch das Netz.**

Es geht darum, inwieweit sich die digitale, weltweit vernetzte Medientechnologie auf Kultur, Politik, Medien und Wirtschaft auswirkt, und wie diese wiederum die digitale Medientechnologie bedingen. Netzpolitische Fragen werden vom aktuellen Stand der digitalen Technik bestimmt.

Was nehmen wir wahr:

Teilhabe und Zugänge

Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ist auch für Kinder und Jugendliche von den

digitalen Zugängen abhängig. Eine digitale Lebenswelt bringt viele Vorteile für junge Menschen mit sich, jedoch müssen auch alle Kinder und Jugendliche über die entsprechenden Teilhabemöglichkeiten verfügen. Ebenso bietet die digitale Welt viele Möglichkeiten für Integration und Inklusion. Es gibt politisch, kirchlich und auch im verbandlichen Kontext wenig konkrete Konzepte und Strategien, über und mit welchen Kanälen junge Menschen digital einbezogen und erreicht werden können.

Medien und digitale Bildung

Digitale Lebenswelten sind besonders für junge Menschen zunehmend wichtiger geworden. Somit nimmt die Notwendigkeit für die Erwachsenen, die sie begleiten wollen, zu, selbst kompetent zu werden um an diese Lebenswelten andocken zu können. Die Mediennutzungskompetenz, vor allem aber das Verständnis für Digitalität und Digitalisierung als gesellschaftlichen Transformationsprozess fehlen häufig in Erziehungs-, Bildungs- und Jugendarbeitseinrichtungen. Dies führt auch dazu, dass junge Menschen gerade im Hinblick auf Medienbildung im Kontext Datensicherheit und Datennutzungsverhalten allein gelassen werden und keine umfassende notwendige Medienbildung stattfindet.

Nachhaltigkeit und Ressourcen

Digitale Kommunikation und digitales Arbeiten bieten zwar eine Chance für ressourcenschonenden und

nachhaltigen Materialeinsatz. Umfassend betrachtet setzt Digitalität auch nicht versiegende Energiequellen und Rohstoffeinsatz voraus. Die Chancen „papierlosen“ Handelns dürfen nicht durch einen unachtsamen und verschwenderischen Materialeinsatz, der mit Raubbau und unverhältnismäßiger Energienutzung verbunden ist konterkariert werden.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik:

Teilhabe und Zugänge :

- Flächendeckende Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur mit Breitbandausbau, öffentlichen WiFi-Hotspots,
- Sicherstellen des Zugangs für jedes Kind und jede*n Jugendliche*n auf ein digitales Endgerät, für den Zugang in die digitale Lebenswelt(en) (Kommunikation, Spiel und Spaß, Lernen, politische und soziales Teilhabe),
- Gerechte Verteilung der Zugänge zu Wissen, Förderung der Nutzung von Open Source und Open Data Angeboten.

Medien und Bildung:

- Mehr Medienbildung und Medienkompetenz in der Aus- und Weiterbildung von Erzieher*innen und Lehrkräften. Für uns bedeutet dies, dass in der Ausbildung von Fachkräften ein größerer Schwerpunkt auf das generelle Erlernen von digitalen Medien und den richtigen, bzw. vernünftigen Einsatz dieser.

- An Schulen braucht es in den Bildungsplänen und Curricula die Förderung des verantwortlichen Hineinwachsens und Umgangs mit Digitalität. Insbesondere sehen wir hier Datensicherheit, digitale Ethik, rechtliche Aspekte und Medien-nutzungskompetenz.

Nachhaltigkeit und Ressourcen:

- Die Förderung der Entwicklung nachhaltiger und ressourcenschonender Technologien,
- Weiterentwicklung und Stärkung digitaler Verwaltungen mit niederschwelligen und papierlosen Zugängen,
- Den Einsatz für einen maßvollen und menschenfreundlichen sowie umweltschonenden Abbau von Rohstoffen für digitale Geräte,
- den Abbau von Machtmonopolen einzelner Großkonzerne und eine Regulierung eines offenen Digitalmarktes.

Hintergrundinformationen

- BDKJ-Bundesebene: „Teilhabe, Lebenswelt und Digitale Mündigkeit - unsere digitalpolitischen Grundhaltungen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2018
- BDKJ Rottenburg-Stuttgart: „Digitalisierung - eine Standortbestimmung des BDKJ Rottenburg-Stuttgart“, Beschluss der BDKJ-Diözesanversammlung Herbst 2020



Nachhaltigkeit und Klima

Photo by Mika Baumeister on Unsplash

Um was geht's:

Alle Felder der Politik sind von der Frage nach Nachhaltigkeit durchzogen. Wie gestalten wir heute mit unseren Entscheidungen eine Gesellschaft, die in vielen Jahren noch von den angestoßenen Entwicklungen profitiert? Können wir das, was uns wichtig ist, so umsetzen, dass positive langfristige Veränderungen bewirkt werden?

Besonders wichtig ist die Frage nach Nachhaltigkeit, wenn unmittelbare Auswirkungen unseres Handelns nicht uns selbst, sondern andere Regionen der Welt, andere Menschen oder Klima- und Ökosysteme betreffen. Hier sind wir gefordert, natürliche Ressourcen so zu nutzen, dass dadurch kein Schaden entsteht. Hierbei geht es um Themen wie Energiegewinnung, Rohstoffabbau, Abfallentsorgung oder unsere eigene Mobilität. Auch die Arbeitsbedingungen der Menschen, die in verschiedenen Industrien und Produktionsstätten arbeiten, können nachhaltig sein oder eben nicht.

Die Klimakrise, die sich nicht nur auf den Ausstoß von Treibhausgasen und der daraus folgenden Erderwärmung bezieht, mahnt zu einem verschärften Blick auf nachhaltiges und bewusstes Handeln. Viele Bedingungen für das Leben unserer und der nächsten Generationen werden hier beeinflusst.

Was nehmen wir wahr:

Umwelt und Klimathemen sind aus Sicht von Kindern und Jugendlichen, die entscheidenden Politikfelder in denen etwas grundsätzlich geändert werden muss. Viele Themen wie die Erderwärmung oder die Zerstörung der Natur, haben vor allem Auswirkungen auf die kommenden Generationen. Was mit einzelnen Aktionen begonnen und in der Fridays for Future Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hat, zeigt wie wichtig dieses Themenfeld für Kinder und Jugendliche ist. Die Erde muss gerettet werden. Kinder und Jugendliche sind bereit, diese Ziele erreichen zu wollen. Die Erderwärmung muss bei unter 1,5 Grad bleiben, was nur mit großen Einschnitten und fundamentalen Veränderungen möglich ist. Diese Herausforderungen wie eine drastische Senkung des CO₂-Ausstoßes oder einer konsequenten Energiewende auf erneuerbare Technologien müssen umgesetzt werden. Doch nicht nur direkte Umweltthemen auch die Wirtschaft muss nachhaltiger und gemeinwohlorientierter werden. Initiativen wie Schülerweltläden und Schülercafés zeigen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht nur im Unterricht ein Thema ist, sondern sich viele Kinder und Jugendliche ehrenamtlich für Themen wie Fairer Handel einsetzen und sich engagieren, um die Probleme unseres Konsumverhaltens in den Fokus zu rücken. In diesen Bereichen gibt es von Seiten der Jugendverbände und Fachstellen einige Initiativen.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik:

- Schnellerer Kohleausstieg
- Konsequente Umsetzung der Beschlüsse des Pariser Abkommens
- Mehr Beteiligung von Jugendlichen bei Umwelt- und Klimathemen
- Lieferkettengesetz
- Ausbau ÖPNV/Radwegenetz
- Gemeinwohlorientierung
- Einsatz für ein zukunftssträchtiges Rentensystem
- Nachhaltige Konfliktbewältigung

Hintergrundinformationen:

- Kampagne zum Lieferkettengesetz
BDKJ Rottenburg-Stuttgart: Jugendaktion
2018/2019 „Schritt zurück in die Zukunft“
zum Thema Postwachstum



Flucht und Migration

Photo by Juhé Ricard on Unsplash

Um was geht's:

Mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 wurde die Integrationsförderung als staatliche Aufgabe festgeschrieben. Stand früher die Integrationspolitik hauptsächlich für die Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt, umfasst die heute fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Zwar herrscht Konsens, dass diejenigen, die neu ins Land kommen und dauerhaft bleiben werden, Teil der Gesellschaft werden sollen. Strittig ist aber, wie dies am besten gelingen kann. Flucht- und Migrationsursachen von Menschen sind komplex, sie können durch politische Verfolgung, Krieg, ihrer sexuellen Identität, ihrem Glauben, Umweltkatastrophen oder aufgrund des Arbeitsmarktes geschehen. Seit 2015 waren die meisten Zuwanderer*innen nach Deutschland Geflüchtete. Entsprechend dominiert die Fluchtmigration die öffentliche Integrationsdebatte. Seit dem Aufflammen der AfD rücken nun auch Menschen in den Fokus, die schon länger in Deutschland leben, aber einen Migrationshintergrund haben.

Was nehmen wir wahr:

Durch das Aufflammen der neuen Rechten in Deutschland, ist Rassismus, Diffamierung und Hass auf Menschen anderer Kulturen wieder ein großes gesellschaftliches Thema, bei dem alle in der Pflicht sind, sich für eine gemeinsame Bunte Gesellschaft den radikalen Strömungen entgegenzustellen. Die Situation für Geflüchtete in Deutschland ist weiterhin

nicht einfach, es gibt viele Hürden, lange Asylverfahren und die Integration hängt von freiwilligen Helfer*innen ab. Auch werden immer noch Minderjährige aus der Schule oder Ausbildung gerissen, und abgeschoben. Doch viele Geflüchtete haben aktuell keine Chance auf ein Leben in Frieden, weil sie durch eine gescheiterte europäische Flüchtlingspolitik in Griechenland und Italien unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen, weil sich die Staaten nicht auf eine gemeinsame Verteilung von Geflüchteten einigen können. In Deutschland gibt es viele Länder und Kommunen die bereit wären, Menschen zu helfen und aufzunehmen, doch das ist nicht möglich.

In Deutschland haben Menschen mit Migrationshintergrund oftmals nicht die gleichen Chancen und Zugänge, da immer noch sozioökonomische Merkmale den Bildungserfolg junger Menschen stark beeinflussen.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik:

- Menschen aufnehmen jetzt!, Flüchtlingslager in Griechenland schließen, Geflüchtete direkt auf die Länder aufteilen, schnellere Asylverfahren.
- Menschenwürdige Einrichtungen für geflüchtete Menschen: Bessere dezentrale Verteilung der Geflüchteten in den Kommunen, keine „Gemeinschaftsunterkünfte am Ortsrand“
- Fluchtursachen angehen durch Friedensethik & faire Lieferketten: kein Krieg, keine Ausbeutung

von Menschen weltweit

- Menschen mit Migrationshintergrund unterstützen, damit sie die selben Chancen und Zugänge wie andere jungen Menschen haben
- Perspektiven schaffen für junge Menschen, damit sie auch in ihrer Heimat arbeiten und leben können

Hintergrundinformationen:

- BDKJ Rottenburg-Stuttgart: Aktion Jetzt Menschen aufnehmen!
- KSJ Rottenburg-Stuttgart: „Stay - Keine Abschiebung von Schüler*innen“
- Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Migration
- Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Flucht



Bildung und Schule

Photo by Sam Bayle on Unsplash

Um was geht ´s:

Unter den Begriff der Bildungspolitik werden die Bestrebungen gefasst, die das Bildungssystem gestalten, weiterentwickeln und legitimieren sollen. Dadurch sollen alle Menschen in Deutschland den Zugang zu Bildung erlangen und einerseits ihre Persönlichkeit entfalten und andererseits Qualifikationen für den Arbeitsmarkt erlangen. Beim Thema Bildungspolitik ist wichtig zu wissen, dass Deutschland ein föderales Bildungssystem hat und die meisten Entscheidungen im Bereich der Bildungspolitik daher von den einzelnen Bundesländern gefällt werden. So kommt bspw. zustande, dass es je nach Bundesland unterschiedliche Schulformen oder Abschlussprüfungen geben kann. Neben der Schule gibt es allerdings noch andere zentrale Akteur*innen im Feld der Bildung. Denn z.B. auch die außerschulische Jugendbildung hat einen Bildungsauftrag. Im Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung ist geregelt, dass diese „ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens“ ist

Was nehmen wir wahr:

Die Corona-Pandemie zeigt sehr deutlich, dass Schüler*innen in vielen Bereichen weiterhin nicht gefragt werden. Partizipation, bei Entscheidungen die den Lebensraum Schule betreffen, ist faktisch nicht möglich. Dabei zeigen einige Studien (Sinus, Jugendbericht) dass genau diese Teilhabe ein entscheidender Faktor ist, dass sich Schüler*innen im Lebensraum

Schule wohlfühlen. Dabei geht es nicht nur um Teilhabe bei der Unterrichtsgestaltung sondern auch um Teilhabe den Lebensraum Schule mitzugestalten. Wenn sich junge Menschen ehrenamtlich engagieren möchten, zeigt sich im Umfeld Schule und Studium, dass es Hürden gibt. Sei es durch Ganztagschule oder G8, es bleibt wenig Zeit für Freizeit oder ehrenamtliches Engagement, und Freistellungen von Seiten der Schule sind immer seltener möglich. Auch durch immer differenziertere Prüfungszeiträume an Universitäten und Hochschulen wird die Planung eines Zeltlagers oder anderen Projektes immer schwieriger und verlässliche Zusagen für längere Zeiträume sind kaum mehr möglich. Auch im Bereich der digitalen Bildung gibt es viel Nachholbedarf, sei es bei der Hardware, Software oder auch dem Ausbau der digitalen Infrastruktur, diesem Bereich ist ein separates Kapitel gewidmet.

Das sind unsere Erwartungen an die Politik:

- Ein bundeseinheitliches Schul- und Prüfungssystem
- Den Abbau der Bildungsungerechtigkeit z.B. durch individuelle Lernpläne und kleine Lerngruppen
- die finanzielle Förderung an betrieblichen Ausbildungsplätzen und eine angemessene Vergütung während der Ausbildungszeit
- Die Verkürzung der Schulzeit und Wochenstundenzahlen, sodass junge Menschen Zeit

für ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit haben.

- Klare Zeiten für Freizeit im Ganztagsbereich
- Die Anrechnung des ehrenamtlichen Engagements in Studium und Schule
- Mehr Mitbestimmung von Schüler*innen bei Entscheidungen die das Schulleben betreffen

Hintergrundinformationen:

- BDKJ-Bundesebene: „Bildungsgerechtigkeit in Deutschland - Schule gerecht gestalten“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2006
- BDKJ-Bundesebene: „Für eine chancengerechte Schule“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2008
- BDKJ-Bundesebene: „Recht auf Ausbildung“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2014
- BDKJ-Rottenburg-Stuttgart: „Ehrenamt stärken“, Beschluss der Frühjahrs-Diözesanversammlung 2019

Aktionsideen

Neben den oben genannten Schwerpunkten, die wir auf der BDKJ Diözesanversammlung beschlossen haben, gibt es weitere Ideen für politische Aktionen. Lasst euch gerne inspirieren von den Ideen.

Austausch mit Kandidat*innen

(Speeddating, Kinderpunsch-Abend,...)

Seid kreativ! Die Kandidat*innen sind auf vielen Podiumsgesprächen, bei dem sie auf einem festen Platz sitzen und ins Mikro reden. Bringt Aktivität rein und zeigt den Kandidat*innen euren Jugendraum. Spielt euer Lieblingsanschuggerle. Ladet sie zum Fifa-Turnier ein. Organisiert ein Speeddating, sodass ihr immer mit neuen Personen spricht. Dreht den Spieß um und lasst die Kandidat*innen Fragen stellen und ihr antwortet darauf. Das Ziel ist es, dass ihr die Lebenswelt und Anliegen von jungen Menschen zeigt.

Gemeinsamer Brief

Schreibt einen Brief an eure Abgeordneten. Überlegt in eurer Leiter*innenrunde oder mit euren Kindern, welche Anliegen ihr habt: Was gefällt euch? Wofür wollt ihr euch bedanken? Was gefällt euch nicht? Was ärgert euch? Als Unterstützung eurer Anliegen könnt ihr auf Positionen des BDKJs zurückgreifen.

Kinderwünsche-Karten

Die Kinderwunsch-Karten richten sich mit einer ganz konkreten Frage an Kinder: „Was wünschst du dir?“ Die Kinder können diese Frage schriftlich oder gemalt beantworten. Die Karten können verschickt werden an die Abgeordneten oder Bürgermeister*innen eurer Stadt. Ebenfalls können die Karten auch an zentralen Plätzen aufgehängt werden, etwa dem Rathaus, eurer Kirche, dem Gemeindehaus oder bekannten Einkaufsläden.

Stand auf dem Marktplatz

Ein Stand auf dem Marktplatz verspricht eins: Aufmerksamkeit. Ihr habt eine Bühne für eure Anliegen. Auf dem Marktplatz könnt ihr verschiedene Aktionsideen verwenden, die euch gefallen. Euren Stand müsst ihr bei eurer Stadt anmelden, daher macht dies bitte frühzeitig.

Flashmob

Anliegen sind nicht nur durch Wort und Sprache vermittelbar. Eine besonders kreative Form ist der Flashmob, bei dem mit Tanz und Gesang politische Anliegen formuliert werden können. Die Aufmerksamkeit ist euch sicher, wenn ihr einen zentralen Platz nutzt. Filmt euren Flashmob, sodass ihr auch auf den sozialen Medien euer Anliegen verbreiten könnt und ihr als Gruppe ein Andenken habt.

Inhalte in Gruppenstunden aufgreifen

Alle Aktionsideen sind natürlich in einer Gruppenstunde umsetzbar. Ihr kennt eure Gruppe am besten, sodass ihr Format und Tiefe der Inhalte selbst einschätzen könnt. Wenn ihr eine Idee außerhalb eurer Gruppe vorhabt und eure Gruppenkinder sollen aktiv unterstützen, dann ist es empfehlenswert, wenn eure Gruppenkinder schon Erfahrungen gemacht mit der Aktion. Sie sind so sicherer, haben, das Format kann mit den Erfahrungen angepasst werden und sie können anderen Hilfestellungen geben.

Fotoaktionen

Voller Akku des Smartphones und raus in eure Stadt! Fragen für die Tour: Was ist dein Lieblingsort in deiner Stadt? Was gefällt dir? Was gefällt dir nicht? Was ärgert dich? Wo siehst du potenziale? Eure geschossenen Fotos könnt ihr als Gruppe untereinander präsentieren, Politiker*innen schicken oder eine Ausstellung anbieten mit dem Titel „Unsere Stadt mit dem Blick junger Menschen“. Auf der digitalen Plattform könnt ihr diese ebenfalls hochladen und andere Menschen einladen ihre Bilder ebenfalls hochzuladen.

Teilnahme an einer Gemeinderatssitzung

Das Parlament direkt vor der eigenen Haustüre: der Gemeinderat. Der Gemeinderat besteht aus gewählten Gemeinderät*innen (wie Abgeordnete), die ehrenamtlich sind und Bürger*innen eurer Stadt sind und eurer Bürgermeister*in. Freibad, Schulsä-

nierungen, Busverbindungen, Parks und vieles mehr beschließt der Gemeinderat. Ihr könnt mit eurer Gruppe im Vorfeld die Themen des Gemeinderats anschauen und zuschauen. Im Anschluss ist es sicherlich möglich, mit euren Gemeinderät*innen zu reden.

Petitionen starten

In einer Petition formuliert ihr eure Anliegen und Forderungen in einem Schreiben. Das besondere an der Petition ist, dass sich das Parlament mit eurer Petition beschäftigen muss. Voraussetzung ist, dass sich genügend Menschen finden, die eure Petition unterstützen. Eine eigene Petition zu schreiben ist einfach auf den gängigen Portalen (z.B. campact, openpetition). Petitionen, die ihr unterstützt, könnt ihr natürlich auch unterstützen.

Weitere Aktionsideen findet ihr auch im Handbuch für politische Straßenaktionen.

Tolle Idee aber keine Kohle?

Die Jugendstiftung just hilft mit der unkomplizierten WEITBLICKER - Mikroförderung!

WEITBLICKER sein bedeutet, sich für Chancengleichheit und Nachhaltigkeit und gegen Populismus einzusetzen! Themen, die nicht erst seit 2020 wichtig für jungen Menschen sind. Mit einer unkomplizierten Mikroförderung wollen wir es Dir ermöglichen deine Ideen in Verband, Gemeinde, Dekanat oder Diözese zu verwirklichen! Egal ob Landtags- oder Bundestagswahl, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit oder ein anderes Projekt aus dem Themendreiklang, das Dir am Herzen liegt: wir helfen Dir bei der Finanzierung!

Und hier sind die Fakten:

- Das Projekt muss sich (grob) für Chancengleichheit oder Nachhaltigkeit oder gegen Populismus stark machen (dazu zählen auch Projekte mit Bezug zur Landtags- und Bundestagswahl 2021!!)
- Die Förderung darf nicht mehr als 400€ betragen und sich höchstens auf 2/3 der Gesamtkosten belaufen (euer Projekt darf also maximal 600€ kosten).

Mehr Informationen und das unkomplizierte Antragsformular gibt's auf www.just-jugendstiftung.de

JUGENDSTIFTUNG



FÖRDERT JUNGE IDEEN

www.bdkj.info